

Eichenberger

So versinkt
die Preisinsel

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel, weil der Detailhandel zu wenig wettbewerbsfähig ist und die Markenproduzenten zur Abschöpfung der hohen Schweizer Kaufkraft überhöhte Grosshandelspreise verlangen. Bisher war die Politik beim Versenken der Preisinsel wenig wirksam. Deshalb werden immer mehr Schweizer zu Einkaufstouristen.

Einkaufstourismus für verarbeitete Produkte ist volkswirtschaftlich gut, auch wenn er den Detailhandel ärgert. Zumeist kaufen Einkaufstouristen im Ausland die gleichen Produkte wie zu Hause, nur billiger. So sparen sie viel Geld, das sonst grossenteils an die zumeist ausländischen Produzenten fließen würde. Aber auch wenn der Einkaufstourismus zu mehr Importen führt, ist er für die Schweizer Wirtschaft gut. Durch zusätzliche Importe kommen Franken auf den Devisenmarkt, das drückt auf den Wechselkurs, und das lässt die Exporte wachsen. Je mehr wir importieren, desto mehr können wir exportieren und uns auf das spezialisieren, was wir besonders gut können. Diese Spezialisierung hat die Schweiz reich gemacht.

Einkaufstourismus bringt aber keinen grossen, allgemeinen Preisdruck in der Schweiz. Für weiter von der Grenze entfernt lebende Konsumenten lohnt es sich kaum, extra ins Ausland zu fahren. Die Zeit- und Wegkosten sind zu hoch.

«Der
Versandhandel
wird durch
die hohen
Gebühren
behindert»

Viel wirksamer zum Versenken der Preisinsel wäre deshalb der Versandhandel. Dieser wird aber durch die hohen Gebühren für Zoll- und Mehrwertsteuer-Erhebung behindert. Deshalb nutzen immer mehr Schweizer Paketdepots im Ausland. An diese lassen sie sich die im Versandhandel gekauften Waren zustellen. Beim

Abholen, das oft noch dem Lebensmitteleinkauf dient, entstehen wiederum hohe Zeit- und Wegkosten. Zudem wird die Mehrwertsteuer (MwSt.) oft unvollständig deklariert. Entsprechend wächst der Kontrollaufwand der Zollämter, immer mehr Schweizer werden als Schmuggler kriminalisiert.

Die Lösung für all diese Probleme ist Folgende: Der Bund soll in der ganzen Schweiz «Import-Paketzentren» zulassen. Die ausländischen Versandhändler können dann alles ausser frischen Landwirtschaftsprodukten zoll- und steuerfrei an die Paketzentren senden. Ihre Empfänger können die Sendungen dort abholen und im Paketzentrum die MwSt. für den Import in die Schweiz entrichten.

Import-Paketzentren können von der Post und von Privaten betrieben werden. Die MwSt.-Erhebung könnte von Zollbeamten oder von privatem Personal geleistet werden. Die Betreiber können für die Entgegennahme, Lagerung und Aushändigung der Pakete sowie MwSt.-Erhebung Gebühren erheben. Diese wären wegen des intensiven Wettbewerbs sicher viel tiefer als die heutigen Verzollungs- und Öffnungsgebühren an den Grenzzollstellen sowie die Weg- und Zeitkosten für Auslandeinkauf oder Abholen von Paketen bei ausländischen Depots.

Import-Paketzentren nützen allen: Der Wettbewerbsdruck durch Versand-Direktimport setzt die Preise unter Druck, auf allen Importen wird MwSt. erhoben, und sogar die Landwirtschaft profitiert: Nur wegen frischer Lebensmittel lohnen sich Einkaufsfahrten ins Ausland kaum mehr.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts

Die andere Sicht von Peter Schneider



US-Präsident Donald Trump und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am 16. Mai im Weissen Haus

Foto: Alex Wong/Getty Images

Lang lebe der
eingebildete Kranke!

Hypochonder werden gerne belächelt. Dabei bieten sie mit ihren medizinischen Theorien beste Unterhaltung, findet **Denise Jeitziner**

Menschen, die bei jedem Boböli jammern, als stünden sie kurz vor dem Jenseits (beziehungswise vor dem Nichts, je nachdem, welcher Theorie man glaubt), können einen schon mal in den Wahnsinn treiben. Und dann gibt es diejenigen, die gar nicht krank sind, sondern nur immer mal wieder meinen, es zu sein. Die ihre Vitalfunktionen ständig überwachen und die kleinsten abnormalen Regungen ihres Körpers als Vorboten des Jenseits (oder Nichts) interpretieren.

Die meisten dieser Hypochonder haben es nämlich nicht so mit dem Tod. Da kann es nicht schaden, diesem immer einen Schritt voraus zu sein.

Denise Jeitziner
Redaktorin Gesellschaft



Statt die Augen zu verdrehen, kann man sich freuen. Denn im Gegensatz zu den Jammeri bieten Hypochonder beste Unterhaltung. Sie benutzen Gadgets wie Nasenduschen und geben sich nur selten mit simplen Krankheiten ab: Sie haben den Verdacht auf Herzinfarkte, Wirbelsäulenbrüche oder zumindest etwas mit einem spektakulären Namen – zum Beispiel eine Analthrombose.

Auf naheliegende Erklärungen für ihre Symptome fallen Hypochonder selbstverständlich nicht rein. Fühlen sie sich schlapp, vermuten sie das Pfeiffersche Drüsenfieber; dass die kurze Nacht die Ursache für ihre Müdigkeit sein

könnte, fällt ausser Betracht. Sie kommen auch nicht auf die Idee, hypochondrisch veranlagt zu sein.

Sie haben ja Beweise. Die Puls-App (man muss nur den Finger auf das Handylicht halten) weist eindeutig auf Herz-Aussetzer hin. Zwar hat das 24-Stunden-EKG beim Spezialisten die App-Diagnose nicht bestätigt, aber möglicherweise haben die Brusthaare das Ergebnis verfälscht. Auf solch kreative Theorien können einzig Hypochonder kommen. Und das Beste: Man kann sehr lange Freude an ihnen haben – die Lebenserwartung von eingebildeten Kranken soll nämlich ausgesprochen hoch sein. **Gesellschaft — 47**

Die IT-Sicherheit darf
kein Glücksspiel sein

Die Schweiz ist bei der Wanna-Cry-Attacke mit einem Streifschuss davongekommen. Es war ein dringend notwendiger Weckruf, findet **Hannes von Wyl**

Glück gehabt. So lassen sich die Auswirkungen des Wanna-Cry-Angriffs auf die Schweiz zusammenfassen. Weder mussten die SBB ihren Betrieb teilweise einstellen wie die Bahn in Deutschland. Noch standen in Schweizer Spitälern die Patienten plötzlich vor betriebsunfähigen Operationssälen wie in Grossbritannien.

Es hätte aber schlimmer kommen können. Immer noch setzen Spitälern, Hochschulen und Kantone auf veraltete Systeme mit Sicherheitslücken. Das zeigt die Analyse einer Sicherheitsfirma. Auch Kraftwerke sind jeden Tag Eindringlingen aus dem Cyberspace ausgesetzt. So ist es nur eine Fra-

Hannes von Wyl,
Recherchedesk



ge der Zeit, bis das nächste Schadprogramm nicht nur 200, sondern Tausende Computer lahmlegt. Und dann vielleicht nicht nur die SBB und Spitäler trifft, sondern das Schweizer Stromnetz. Oder ein Kernkraftwerk.

Der Streifschuss durch die Erpressersoftware sollte darum als Weckruf dienen. Zwar hat der Bund seit 2012 eine «Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken». Darin ist von «Krisenmanagement», «Frühwarnung» und «Verwundbarkeitsanalysen» die Rede. Konkrete Massnahmen überlässt der Bund aber den Betreibern der kritischen Infrastruktur. Nur haben diese offen-

bar zu wenig unternommen, um sich zu schützen. IT-Sicherheit wurde zu lange nicht ernst genommen.

Es braucht daher einen Stresstest aller IT-Systeme der gesamten kritischen Infrastruktur. So, wie man es bei den Banken macht. Auch das Gesundheitswesen, der Verkehr und die Energieversorgung sind «too big to fail». Und es braucht einen Zeitplan, bis wann die Sicherheitslücken geschlossen werden müssen. Machen die Betreiber nicht mit, muss der Bund sie dazu zwingen. Denn der nächste Angriff kommt garantiert. Und Glück ist keine gute Strategie. **Schweiz — 6, Wirtschaft — 32**